

MEDIENMITTEILUNG VOM 11. JANUAR 2017

BERICHT ZUR ENTWICKLUNG DER BEHINDERTENPOLITIK DES EDI

Handlungsbedarf erkannt, mehr Engagement zwingend nötig

Der Bundesrat hat heute einen Zwischenbericht zur Behindertenpolitik zur Kenntnis genommen und veröffentlicht. Inclusion Handicap begrüsst einerseits, dass er den Handlungsbedarf anerkennt. Andererseits ist mehr Engagement und ein rascheres Vorgehen erforderlich: «Es geht in der Schweiz um 1,6 Millionen Menschen mit Behinderungen. Viele von ihnen werden in ihrem Alltag in ganz verschiedenen Formen und in unterschiedlichen Lebensbereichen benachteiligt», sagt Verena Kuonen, Vize-Präsidentin von Inclusion Handicap.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist erschwert, viele Gebäude und Wohnungen sind nicht hindernisfrei zugänglich, oder die finanzielle Situation erlaubt häufig kein selbstständiges Leben. «Der Handlungsbedarf ist gross: Anpassungen sind in allen Lebens- und somit auch in allen Politikbereichen notwendig», sagt Kuonen.

Inclusion Handicap hat zusammen mit den Mitgliederorganisationen, durch Befragungen von Betroffenen sowie Gespräche mit Experten und Expertinnen eine Bestandsaufnahme erarbeitet und in zehn Bereichen den wichtigsten Handlungsbedarf eruiert. [Das Dokument kann hier heruntergeladen werden.](#)

Bundesrat zu zögerlich, Kantone orientierungslos

Der heute vorgelegte Bericht, der auf ein [Postulat von Nationalrat Christian Lohr](#) zurückgeht, beinhaltet lediglich im Bereich Arbeit erste Lösungsansätze. Die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) wurde jedoch bereits 2014 ratifiziert, und die Missstände sind seit der Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes im Dezember 2015 bekannt. «Nun braucht es verbindliche Ziele und konkrete Massnahmen und zwar in allen Lebensbereichen», fordert Kuonen. «Die Menschen mit Behinderungen setzen grosse Hoffnungen in die Behindertenpolitik.»

Eine echte Behindertenpolitik braucht mehr Engagement vom Gesamtbundesrat sowie der Kantone. Inclusion Handicap fordert, dass sich alle Departemente und die Kantone an deren Erarbeitung aktiv beteiligen und ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen. Dies ist bislang nicht der Fall: So wird bei den meisten Gesetzesentwürfen die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, wie sie die Verfassung vorgibt, schlicht vergessen. Umso wichtiger ist, dass Menschen mit Behinderungen weiterhin ihre Anliegen direkt einbringen können. Dies ist für eine effektive Behindertenpolitik unerlässlich.

Inclusion Handicap informiert UNO über Missstände

Inclusion Handicap wird in diesem Jahr beim UNO-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen den Schattenbericht zur UNO-BRK einreichen. Darin werden die Missstände und Lösungsansätze aus Sicht der Betroffenen dargestellt.

Auskunft

Julien Neruda, Geschäftsleiter Inclusion Handicap:
julien.neruda@inclusion-handicap.ch, 078 666 02 59

Inclusion Handicap ist die vereinte Stimme der rund 1,6 Mio. Menschen mit Behinderungen in der Schweiz. Der politische Dachverband der Behindertenorganisationen setzt sich für die Inklusion und den Respekt der Rechte und Würde aller Menschen mit Behinderung ein. Inclusion Handicap vereint 24 gesamtschweizerische und sprachregionale Behindertenverbände und Selbsthilfeorganisationen, ist die Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung und bietet ihnen Rechtsberatung an.